

II - 1785 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

1984 07 24

Zl. 11 0502/71-Pr.2/84

778 IAB

1984 -07- 24

zu 770 IJ

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

Auf die Anfrage der Abgeordneten Vetter und Genossen vom
25.5.1984, Nr. 770/J, betreffend mögliche Auflösung des Finanz-
amtes Lilienfeld, beehre ich mich mitzuteilen:

Zu 1) Die für Organisationsfragen im Bundesministerium für
Finanzen zuständige Abteilung hat meinem Amtsvorgänger vorge-
schlagen, das Finanzamt Lilienfeld aufzulassen und die von diesem
Finanzamt ausgeübten Agenden dem Finanzamt St. Pölten zu übertra-
gen. Eine solche Maßnahme würde voraussetzen, daß im Finanzamt
St. Pölten durch Errichtung eines Neubaus die räumlichen Voraus-
setzungen geschaffen werden und weiters daß das Abgabenverwal-
tungsorganisationsgesetz abgeändert wird. Keine der beiden
Voraussetzungen ist derzeit gegeben. Für den Neubau eines Bundes-
amtsgebäudes in St. Pölten wird bereits seit einiger Zeit
Planungsarbeit geleistet. Diese Arbeiten sind noch nicht abge-
schlossen; gerade in jüngster Zeit wurde es erforderlich, eine
Umplanung in der Richtung vorzunehmen, daß das Zollamt St. Pölten
nicht, wie ursprünglich geplant, in dem erwähnten Bundesamtsge-
bäude, sondern an anderer Stelle errichtet wird. Es ist daher

- 2 -

nicht richtig, daß die Auflassung des Finanzamtes Lilienfeld "beschlossene Sache" sei.

Zu 2) Siehe die Antwort zu 1).

Zu 3) Die Organisationsabteilung des Bundesministeriums für Finanzen ist der Ansicht, daß die Übertragung der Agenden des Finanzamtes Lilienfeld an das Finanzamt St. Pölten eine Personaleinsparung mit sich brächte. Da ich aber der Ansicht bin, daß die Auflassung eines Finanzamtes auch vom Gesichtspunkt der Bürger zu untersuchen ist, habe ich schon vor einiger Zeit erklärt, mich für die Eigenständigkeit des Finanzamtes Lilienfeld einzusetzen. Sollten sich Fakten ergeben, die eine Revision meines Standpunktes erfordern müßten, würde ich mich vor der endgültigen Entscheidung der Diskussion mit der betroffenen Bevölkerung stellen. Derzeit sehe ich solche Fakten allerdings nicht.

